

Schulsynode vom 6. Mai 2009

Ansprache des Vorstehers des Erziehungsdepartements Dr. Christoph Eymann, Regierungsrat

Liebe Lehrerinnen,
Liebe Lehrer,
Sehr verehrte Damen,
Geschätzte Herren

Heute bin ich mit Ihnen an einer Synode, die unter ganz besonderen Vorzeichen steht und ich darf Sie alle herzlich begrüßen.

Mit den besonderen Vorzeichen meine ich nicht nur das grosse Schlüsselthema von heute, den Bildungsraum Nordwestschweiz. Dieser Raum nämlich, der vielen ja viel zu weit ist, hat für mich zurzeit eine beklemmende Enge. Man versucht, ihn in einer Vielzahl von Details verschwinden zu lassen.

Mit besonderen Vorzeichen meine ich auch die Situation unseres Landes. Unterdessen befindet sich unser Land, unsere Gesellschaft, die ganze Welt plötzlich in einer ausserordentlichen Phase der Unsicherheit. Zehntausende Menschen, und ganz und gar nicht nur die Banker, fürchten sich vor den ganz persönlichen Folgen, welche diese Krise noch für sie bereithält.

Grosse Taten werden eingefordert. Der Bruch mit unseligen Entwicklungen. Die Finanzmärkte der Welt sollen gezähmt, reguliert, neu organisiert werden. Weil man der Wirtschaft, den Fachleuten also, nicht mehr traut, werden wieder einmal die Politiker gerufen. Man will so etwas Wichtiges wie sein Geld nicht mehr einfach den Insidern überlassen. Kein Anspruch ist hoch genug, den die Politik jetzt erfüllen können soll.

Sie erlauben mir, dass ich diesen berechtigten gesellschaftlichen Anspruch auch auf mein Handlungsfeld, die Bildungspolitik übertrage. Und zwar nicht, weil wir eine Bildungskrise haben, sondern weil wir keine wollen.

Die Volksschule ist eine Errungenschaft des Volkes und es wacht mit mehr oder weniger scharfem Auge darüber. Wenn ich klar der Meinung bin, - ich gehe davon aus, dass Sie mir zustimmen - dass unsere Basler Schule auch in Zukunft eine staatliche Schule bleibt, dann müssen wir gemeinsam auch akzeptieren, dass die Öffentlichkeit über die politischen Institutionen den Auftrag der Schule bestimmt. Demokratie ist Herrschaft des Volkes, als Stimmberechtigte sind Sie an dieser Herrschaft beteiligt - etwa 1'600 von Ihnen wohnen im Kanton Basel-Stadt - als Lehrpersonen sind Sie Ausführende eines Auftrags, den mehr oder weniger direkt das Volk erteilt hat. Einst, und an manchen Orten jetzt noch, wurde jede Lehrkraft demokratisch gewählt. Das war so zum Schutz der Schule, aber auch zum Schutz der Lehrer und Lehrerinnen vor unberechtigter Einflussnahme und Macht. Heute wird nur noch der Erziehungsdirektor gewählt. Oder abgewählt.

Trotzdem sind wir weit weg davon, dass die Werte, die Normen, die Angebote, die Ziele und die Strukturen der Schulen am Stammtisch bestimmt werden. Oder vielleicht doch nicht, wenn ich an die Entwicklungen im Nachbarkanton denke? Wo der Landrat über Lehrmittel und Stundentafel abstimmen können soll. Und wo das Parlament eine Diskussion führen soll und entscheiden soll, welches Geschichtslehrbuch die Haltung der Schweiz im zweiten Weltkrieg nicht verzerrt wiedergibt. Öffnen wir diese Büchse der Pandora nicht, auch nicht mit einer vielleicht sogar gut gemeinten Resolution zum Abstimmungsvorgang über den Bildungsraum Nordwestschweiz. Erinnern Sie sich noch an die beiden Volksabstimmungen in den 80er-Jahren über Teilaspekte der damaligen Schulreform? Ich behaupte, dass die Schule und damit natürlich auch die Lehrerinnen und Lehrer unter den Folgen dieser Abstimmung während Jahrzehnten gelitten haben. Wir hatten in beiden Volksabstimmungen äusserst dünne Mehrheiten. Die Gräben zwischen Gegnerschaft und Befürwortenden sind nie zugeschüttet worden. Es gibt keine Volksabstimmung über Details der Schulorganisation oder der Schul-Strukturen, welche die Schule als Ganzes zur Gewinnerin gemacht hat. Wenn weniger grundlegende Fragen wie zum Beispiel die Ausgestaltung einer Schulstufe, in der es immer sehr unterschiedliche Vorstellungen geben wird, politisiert werden, wenn es in diesen Fragen zu einer Polarisierung kommt, wenn jeder seine Zustimmung zur Schule auch von der Ausgestaltung dieser Elemente abhängig macht, wird die öffentliche Schule immer umstritten bleiben. Grundlegendes soll vors Volk, die Elemente der Ausgestaltung sollen im Parlament beschlossen werden, wichtige Details im Regierungsrat und im Erziehungsrat. Schulen und Lehrpersonen brauchen einen weiten Autonomieraum. Selbstverständlich ist es legitim, dass gegen die eine oder andere Gesetzesänderung, welche zur Gestaltung des Bildungsraums Nordwestschweiz nötig wird, das Referendum ergriffen werden kann. Eine Aufsplitterung der gesamten Vorlage auf Detailfragen bringt keinen Gewinn. Laden wir mit einem solchen Vorgehen auch nicht einzelne politische Gruppierungen, Gewerkschaften oder wirtschaftlich Interessierte wie Privatschul-Lobbys ein, uns mit ihren partiellen Anliegen zu beschäftigen. Lassen wir uns von der Politik den Rahmen geben, den wir gemeinsam - Sie und wir - mit Inhalten füllen können, wir bewahren uns so die Möglichkeit, relativ flexibel auf praktischen Erfahrungen basierend die eine oder andere Änderung im Laufe der Zeit anzubringen. Überlassen wir die Details der Ausgestaltung der Schulen nicht dem Volk und auch nicht dem Stammtisch.

Es wird sehr schnell gesagt, ein Politiker hänge sein Fähnchen nur nach dem Wind der Wählerschaft. Nach etwas längerem Nachdenken kann man es auch anders formulieren: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erteilt durch die Wahl einen Auftrag und der Politiker soll ihn gefälligst richtig verstehen und durchsetzen. Bei der Polizei, beim Bauen, bei den Spitälern und bei den Finanzen ist das auch so. Bildung ist kein Sonderfall.

Im zweifellos anspruchsvollen Alltag der Schule geht das manchmal vergessen. Ein guter Erziehungsdirektor, und das möchte ich natürlich sein, stellt sich ohnehin bei den meisten Gelegenheiten vor die Lehrerschaft und gegen den Stammtisch.

In der schönsten aller Welten, die wir immer anstreben, aber nie erreichen, wollen alle nur das Beste und vor allem dasselbe. In der Welt, in der wir leben hingegen, versucht ein Erziehungsdirektor, die teils völlig gegensätzlichen Interessen aller Betroffenen so zu bündeln, dass nützliche Dinge innert nützlicher Frist beschlossen werden.

Den Seitenblick auf die aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Realität benutze ich nicht, um der Kritik am Konzept des Bildungsraums Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das hier ist auch nicht das Machtwort des vom Volk Gewählten. Es ist lediglich die Erinnerung an den Kontext unserer aller Arbeit. Für die heutige Debatte heisst das: Auf der einen Seite steht der klare Auftrag, den uns vor drei Jahren 86% der Schweizerinnen und Schweizer und über 90% der Baslerinnen und Basler erteilt haben: Sie wollen ein einfacheres, überschaubareres, einheitlicheres, praktischeres Bildungssystem.

Auf der anderen Seite steht ein komplexer Prozess voller technischer, demokratischer und finanzieller Hürden, zu dem sich die Regierungen von vier Kantonen entschlossen haben, die besonders eng zusammenleben. Meine Verantwortung ist es, die Arbeit dazu in diesem Kanton unmissverständlich zum Erfolg zu führen, mit Wenn und Aber, das heisst mit Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer und in Berücksichtigung der Leistbarkeit des Auftrags. Aber auch mit Unterstützung der Wirtschaft, der Eltern und - warum nicht - der Schülerinnen und Schüler.

Verehrte Damen,
Geschätzte Herren,
Sehr verehrter, lieber Herr Giger

Sie, Herr Giger, haben mich natürlich nicht erst bitten müssen, genau hinzuhören, wenn die Antworten der Synode auf die Vernehmlassungsfragen vorgetragen werden.

Denn erstens gehört sich das so. Und zweitens geben diese Antworten einen wichtigen Hinweis darauf, unter welchen Voraussetzungen die weitere Entwicklung der Dinge stattfinden wird.

Ein paar Vorbemerkungen: Ich weiss gar nicht, ob ich Sie als Kollektiv anreden darf oder soll. Einige der nachfolgenden Bemerkungen richten sich mit Sicherheit nicht an alle von Ihnen. Ich würde gerne individueller auf Sie zugehen, als ich dies in diesem Rahmen heute kann.

Lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Bemerkungen eingehe, ein ganz generelles und auf Grund begründeter Befürchtungen nicht ganz unerwartetes Gefühl äussern:

Dieses fundamentale Nein ist sehr enttäuschend.

So frustriert fühlt sich vielleicht ein Schüler, der einen vermeintlich tollen Aufsatz voller roter Farbe und spitzer Bemerkungen zurückerhält.

Oder so fühlt sich ein Lehrer, wenn er mutterseelenallein einer Klasse gegenübersteht, die auf keinen Fall seinem Unterricht folgen und mitmachen will.

Aber auch wenn diese beiden Situationen mit Schule zu tun haben und wohl täglich irgendwo passieren: Sie stimmen hier und heute nicht. Ich bin weder Ihr Schüler noch Ihr Lehrer, sondern einfach der oberste Vertreter Ihres Arbeitgebers Kanton Basel-Stadt. Und als solcher mit - leider - gutem Grund frustriert.

Ich stehe einer Ablehnung gegenüber, die sich aus Ihrer Erfahrung mit dem Verhalten dieses Arbeitgebers - ich spreche jetzt nicht von den pädagogischen Inhalten - wohl kaum begründen lässt.

Professor Ueli Mäder hat Ihnen vor einem Jahr hier zugerufen, dass Sie privilegiert sind - Sie haben applaudiert. Ihr Arbeitgeber ist in der Tat grosszügig. Basel-Stadt, die Öffentlichkeit und auch ich sind Ihnen dankbar für das Engagement zu Gunsten der jungen Menschen. Der Kanton Basel-Stadt lässt es nicht bei einem warmen Händedruck bewenden. Er stellt Ressourcen für die Bildung und gute Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer in einem Ausmass zur Verfügung, das weder national noch international einen Vergleich scheuen muss. Ich erspare Ihnen die Aufzählung der Leistungen, die Sie privilegieren. Sie kennen diese Vorteile alle.

Ich will jetzt keinen Tauschhandel mit Ihnen abschliessen - hier Vorteile in den Arbeitsbedingungen, dort unabdingbare Gefolgsbereitschaft gegenüber Neuerungen.

Ich will Ihnen aber klar sagen, dass Ängste vor Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund dieser Behandlung durch meine Vorgänger und mich, handelnd für den Kanton, völlig unbegründet sind. Aus solchen Befürchtungen heraus müssen Sie sich nicht gegen den Bildungsraum Nordwestschweiz oder einzelne Neuerungen aussprechen.

Ich bin nicht erst seit gestern Erziehungsdirektor, ich kenne nicht nur die Vorteile, die Privilegien; ich weiss auch sehr wohl, was es bedeutet, heute als Lehrkraft tätig zu sein.

Die Haltung Ihrer Kolleginnen und Kollegen aus Basel-Land zu den beabsichtigten Neuerungen im Schulbereich hat Unverständnis ausgelöst. Bedenken Sie auch die Aussenwirkung Ihrer Entscheide. Ich würde es sehr bedauern, wenn Ihre Stellungnahme Anlass für Lehrer-Bashing geben würde. Wir werden bald sehen, wie Ihre eben vorgetragenen ablehnenden Haltungen kommentiert werden.

Jetzt aber doch zu den verschiedenen Aspekten Ihrer Antwort.

Hier will ich die Rolle wieder wechseln, Sie gestatten, dass ich bei einer Vernehmlassung als Verantwortlicher für die Bildungspolitik agiere und nicht als Arbeitgeber der Lehrerschaft.

Ich nehme folglich diese Ihre Antworten sehr ernst. Ich werde sie - zusammen mit meinen Mitarbeitenden, die bisher im Erziehungsdepartement - nicht nur für den Bildungsraum Nordwestschweiz sondern auch für alle anderen Arbeiten - hervorragend gewirkt haben - sorgfältig analysieren.

Ich reihe diese Ihre Antworten aber auch ein in die Reihe der Antworten der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, der politischen Parteien, der Institutionen aus dem Bereich Kultur usw.

Alle Antworten zusammen schaffen Hinweise auf denkbare Kurskorrekturen, die wir als Kanton - als einer von vier Partnern - in den weiteren Prozess eingeben.

Dabei lege ich grossen Wert auf Ihre Bemerkungen, welche auf Ihrer pädagogischen Erfahrung basieren - die Befürchtungen aus reiner Arbeitnehmersicht halte ich - wie ich schon erwähnen durfte - für unbegründet.

Wir werden uns im Sommer zu den ersten Erkenntnissen äussern können, die auch den Ausgang der Volksabstimmung im Kanton Aargau vom 17. Mai 2009 berücksichtigen. Mit Blick auf den Vernehmlassungsprozess, der Ende Monat abgeschlossen sein wird, werde ich Ihnen jetzt sicher keine Szenarien schildern oder auch Entgegenkommen skizzieren wegen Ihrer kritischen oder ablehnenden Haltung. Dafür bitte ich Sie um Verständnis. Das darf ich ebenso wenig wie ich es möchte.

Einige Bemerkungen: Ich wurde in letzter Zeit - zusammen mit meinen Mitarbeitenden - zum Teil heftig kritisiert, weil noch nicht alle Details zur Ausgestaltung der skizzierten Vorhaben vorliegen. Meine Damen und Herren - hätten wir diese Detail-Arbeit schon ausgeführt, würden wir uns dem Vorwurf aussetzen, alle Vernehmlassungspartner vor ein *Fait accompli* zu stellen. Es ist zutreffend, dass noch nicht alle Details geregelt sind. Ich kann Ihnen noch keine Baupläne von Primarschul-Gebäuden zeigen für die Unterbringung der Basisstufe. Ich kann Ihnen noch nicht sagen, wie die Entlohnung der Sekundar-Lehrkräfte sein wird, die künftig auf Primarschulstufe unterrichten werden. Dies ganz einfach deshalb, weil die entsprechenden Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse noch nicht vorliegen. Ich kann Ihnen aber heute sagen, dass meine Mitarbeitenden und ich alles daran setzen werden, dass nicht bloss der Franken-Besitzstand gewährt wird, sondern dass diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, welche dann die Funktion von Primarlehrkräften ausüben, lohnmassig gleich behandelt werden, wie wenn es keinen Wechsel der Stufe gäbe. Das ist meine Absicht. Das möchte ich durchsetzen können. Dies soll nur ein Beispiel sein.

Eine weitere Klärung: Es ist aus meiner Sicht dringend notwendig, die interessierte Bevölkerung über die anstehenden und geplanten Neuerungen zu informieren. Ich kann das Stellvertreter-Schirmmützel um unseren Elternbrief nicht nachvollziehen. Er ging nur an jene Eltern, deren Kinder im nächsten Schuljahr im Kindergarten oder in der Primarschule eingeschult werden.

Von allen Kantonen der Schweiz ist der Kanton Basel-Stadt am meisten auf die Harmonisierung angewiesen. Wir haben ein Schulsystem, das mit jenen der anderen Kantone am wenigsten kompatibel ist und Zusammenarbeit behindert. Das macht die Aufgabe auch so schwierig, weil am meisten geändert werden muss. Das ist unser historisches Schicksal.

In der Konsultation haben fast alle zur schweizerischen und regionalen Harmonisierung Ja gesagt, einschliesslich der Synode. Jetzt geht es um die Ausgestaltung des gemeinsamen Systems. Jetzt wird es konkret. Es gilt genau hinzuschauen. Es gilt kritisch zu sein. Man kann die gewählten Lösungen verwerfen, ohne deswegen auch das Ziel der Harmonisierung zurückzuweisen.

Das Konkordat Bildungsraum Nordwestschweiz in seiner jetzigen Form haben die vier Regierungen der Kantone BS, BL, SO und AG beschlossen. Auch der neue Kollege im Aargau steht zu diesen Beschlüssen. Wir wissen, wie viel Geduld es in einer Partnerschaft braucht. Wenn vier Partner eine Lösung suchen, ist es noch schwieriger.

Die Alternative zum Konkordat, zum Staatsvertrag wäre eine Verwaltungsvereinbarung. Diese müsste weder vom Parlament verabschiedet werden, noch unterstände sie dem Referendum. Das kann kaum in Ihrem Sinne sein.

Sie befürchten also, dass der Wandel, der auf Sie zukommt, anstrengend wird, dass der grosse Aufwand für die Schülerinnen und Schüler keine Vorteile bringt und dass der finanzielle Aufwand hoch sein wird.

Immerhin gibt es auch Fachleute, die vom pädagogischen Mehrwert überzeugt sind, den wir mit unseren Vorschlägen schaffen möchten. Das Spannungsfeld, das Sie diesbezüglich generiert haben, ist interessant und wird intensiv bearbeitet werden.

Erlauben Sie, Sie noch auf einige Tatsachen hinzuweisen, die bei der Diskussion des Bildungsraums Nordwestschweiz auf Ihrer Seite offensichtlich viel zu wenig bedacht worden sind. Ich bin überzeugt, dass sich die Idee des Bildungsraums durchsetzen wird. Zu offensichtlich sind seine Vorteile. Zugegeben: Es ist ein grosser Schritt, den wir uns abverlangen wollen. Wer ihn aber heute verweigert, der wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine Schwemme von kleinen, lästigen, weniger koordinierten Reformen und Reförmchen über sich ergehen lassen oder mittragen müssen. Praktisch jeder Aspekt des Bildungsraums wird in Zukunft angepackt werden, ob Sie und ich wollen oder nicht. Was wir heute aber anbieten, ist ein geordneter Prozess unter Ihrer Mitwirkung.

Wer heute diesen umfassenden und verpflichtenden Rahmen verweigert, verzichtet ausserdem darauf, endlich langfristige Sicherheit für die Bildung im Staatshaushalt zu schaffen. Die Verteildiskussion in den nächsten Jahren wird nicht lustig, das kann ich Ihnen schon heute sagen. Haben wir aber in unserer Verfassung die Grundlage für unsere Schule im Rahmen eines grösseren, fiktiven Gemeinwesens mit staatsvertraglichen Verpflichtungen gegenüber drei Partnern, so verpflichtet diese Aussage auch künftige Generationen von Politikerinnen und Politikern zur ursprünglich angedachten Umsetzung. Überlassen wir dringende Reformen der Zukunft nicht dem Zufall des dannmaligen Zustandes der Staatsfinanzen.

Wer schliesslich glauben will, ein einmaliges Schulsystem auf einer Fläche von 37 km² habe Zukunft, der sieht das nicht realistisch. Es gibt den unumkehrbaren demokratischen Auftrag, diesen Zustand zu beenden. Vergessen wir auch die Kritik am Erfolg unserer bisherigen Schule nicht.

Wie geht es weiter? In einem Satz: „We agree to disagree.“ Ich beneide die Engländer um diese präzise Redewendung.

Selbstverständlich wird die Arbeit für den Bildungsraum weitergehen. In die Verhandlungen mit unseren Partnern werden alle sinnvollen Vorschläge eingebracht. Auch Ihre.

Am Grundsatz Ihrer Mitwirkung wird nicht gerüttelt. Eine lebhafte Diskussion ist ausdrücklich erwünscht. Vielleicht noch das: Wir brauchen keine Experten, hinter die sich Befürwortende und Gegnerschaft scharen können. Sie und wir können diese Diskussion auch untereinander führen.

Daran knüpfe ich allerdings einen Wunsch: Bitte führen Sie diese Diskussionen untereinander offen und fair. Respektieren Sie auch andere Meinungen. Es darf nicht sein, dass sich jemand in einem Kollegium nicht getraut, die eigene Meinung zu sagen aus Angst vor unangenehmen Folgen.

Wenn ich von Gewerkschaftsseite der Erpressung bezichtigt werde, kann ich damit leben, den Fanatismus, der einer solchen Anschuldigung wider besseres Wissen zugrunde liegt, kann ich aber nicht nachvollziehen.

Als Verantwortliche für Bildung sollten wir auch Vorbilder sein in der Austragung von Konflikten. Ich fände es auch mit Blick darauf schön, wenn der Ton in persönlichen Verlautbarungen, Leserbriefen usw. etwas entspannter würde. In der Ansprache Ihres geschätzten Präsidenten erkennen wir das Beispiel, wie konstruktiv sich so etwas abspielen kann. Dafür bin ich Ihnen, Herr Giger, und dem Vorstand sehr dankbar.

Ich danke Ihnen.